

1. EINTRAGUNGSSYSTEMATIK

Der Inhalt des Bebauungsplanes ist durch Zeichnung, unter Verwendung der unter der laufenden Nr. 2 aufgeführten Planzeichen, Schrift oder Text, festgesetzt. Textliche Festsetzungen und Eintragungen mit anderen Rechtsqualitäten sind unter den laufenden Nrn. 3 bis 4 beschrieben oder textlich besonders aufgeführt.

2. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN VON PLANZEICHEN FÜR FESTSETZUNGEN

2.01 ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BauGB)

Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

Zahl der Vollgeschosse

- als Höchstgrenze Grundflächenzahl

Geschofflächenzahl

(§ 19 BauNVO)

(§ 20 BauNVO)

(§ 16 Abs. 4 BauNVO)

3. HINWEISE

3.01 Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- oder naturgeschichtliche

Bodenfunde, d. h. Mauern, alte Gräber, Einzelfunde aber auch Veränderungen

und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden.

Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde als Untere Denkmal-

behörde und/oder dem Westf. Museum für Archäologie/Amt für Bodendenk-

malpflege, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/1261) unverzüglich anzuzeigen und

die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand

gen des Bebauungsplanes. Es handelt sich um eine hinweisliche Eintragung.

Garagen sind mit Satteldach auszuführen. Dabei wird gem. § 6 (15) BauONW

bestimmt, daß Grenzgaragen mit einer Dachneigung ≤ 35° keine Abstands-

Dachaufbauten sind nur zulässig, wenn deren Gesamtfläche die Hälfte der

3.02 Die Unterteilung der Verkehrsflächen ist nicht Gegenstand der Festsetzun-

zu erhalten (§ 15 und § 16 Denkmalschutzgesetz NRW).

4. ORTLICHE BAUVORSCHRIFTEN/GESTALTUNGSSATZUNG

4.01 AUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN

darunterliegenden Gebäudewand nicht überschreitet.

Drempel dürfen eine Höhe von 0.70m nicht überschreiten.

4.02 GESTALTUNG VON STELLPLÄTZEN UND VON UNBEBAUTEN FLACHEN DER

Die Stellplätze und ihre Zufahrten sowie die Zufahrten zu Garagen und private Wege auf den Baugrundstücken sind mit geringem Ver-

siegelungsgrad (z.B. Schotterrasen, breitfugiges Pflaster) anzulegen.

Die Einfriedigung darf an der Straffenseite eine Höhe von 0,70 m nicht

5.01 Unter den im Geltungsbereich liegenden Flächen geht der Bergbau um. Vor Baubeginn ist bezüglich eventuell notwendiger Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen gegen bergbauliche Einwirkungen mit der Ruhr-

GEM. § &T (1) i.V.m. (4) BauONW

flächen auslösen.

4.03 EINFRIEDIGUNGEN

überschreiten.

BEBAUBAREN GRUNDSTÜCKE

5. KENNZEICHNUNGEN GEM. § 9 ABS. 5 NR. 2 BauGB

kohle Bergbau AG, Herne, Kontakt aufzunehmen.

•86

2.02 BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN, STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BauGB)

> (§ 22 Abs. 2 BauNVO) Offene Bauweise Uberbaubare Grundstücksflächen bestimmt durch: (§ 23 Abs. 2 BauNVO) Baulinien

Baugrenzen (§ 23 Abs. 3 BauNVO) 2.03 GESTALTUNGSMASSNAHMEN (§ & ABS. 1 i. V. mit ABS. 4 BauQ NW) (weitere Gestaltungsfestsetzungen siehe lfd. Nr. 4)

SD Satteldach

32°-45° Dachneigung

2.04 VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen Straßenverkehrsflächen -Verkehrsberuhigte Zone-

Straßenverkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: F = Fuffweg R = Radweg

Öffentliche Parkfläche Bereich ohne Ein- und Ausfahrt 2.05 ÖFFENTLICHE U. PRIVATE GRÜNFLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 15 BauGB)

UND IHRE HÖHENLAGE (§ 9 ABS. 2 BauGB)

Zweckbestimmung:

Grünflächen

Offentliche Parkanlage Ausgleichsmaßnahmen für die Baugrundstücke im Bebauungsplangebiet

Offentlicher Spielplatz/Typ B

Private Parkanlage 2,20 m Die Grünftäche soll als Wall mit einer Mindestgeländemit heimischen Gehölzen zu bepflanzen höhe von 2,20 m über Fahrbahnniveau hergestellt werden.

2.06 FLACHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 12 BauGB) UND FLÄCHEN FÜR DIE ABFALLENTSORGUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 14 BauGB)

Zweckbestimmung:

Recyclingcontainerstandort

2.07 UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN SIND UND IHRE NUTZUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 10 UND NR. 24 BauGB)

Sichtfelder sind von jeder sichtbehindernden Nutzung freizuhalten. Anpflanzungen und sonstige Nutzungen dürfen eine Höhe von 0,70 m, gemessen von der Oberkante Fahrbahn, nicht überschreiten. Ausnahmsweise können einzelne hochstämmige Bäume zugelassen werden.

2.08 MIT GEH- (Gr), FAHR- (Fr) UND LEITUNGSRECHTEN (Lr) ZU BELASTENDE FLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 21 BauGB)

zugunsten der Anlieger

2.09 HÖHENLAGE BAULICHER ANLAGEN (§ 9 ABS. 2 BauGB)

Die Höhenlage OKEG wird mit 0,50m über Fahrbahnniveau für alle Bauvorhaben verbindlich festgesetzt.

2.10 GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANES (§ 9 ABS. 7 BauGB)



2.11 ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG, Z.B. VON BAUGEBIETEN, ODER ABGRENZUNG DES MASSES DER NUTZUNG INNERHALB EINES BAUGEBIETS (§ 1 ABS. 4 § 16 ABS. 5 BauNVO)

RECHTSKRAFT

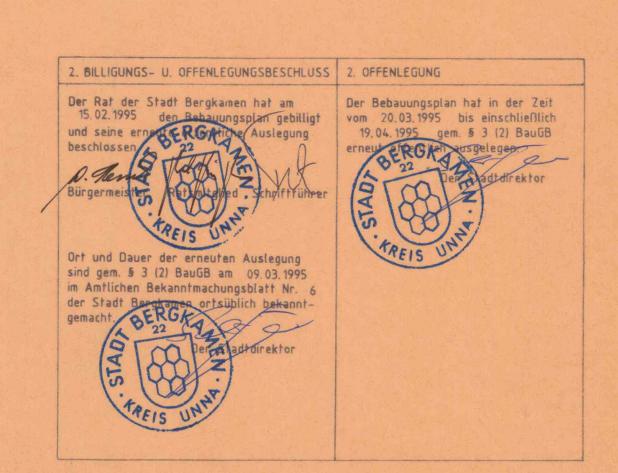
X X Grenze unterschiedlicher Festsetzung

* zu Punkt 2.01

FH ≤ 11.00 m Firsthöhe

Höhe der baulichen Anlagen als Höchstgrenze in m über OK-Fahrbahn in Höhe des Haupteingangs (§ 18 BauNVO)

• geändert gem. Verfügung der Bezirksregierung Arnsberg vom 26. Juni 1996



PLANUNTERLAGE Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 18. 12. 1990 Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig. Bergkamen, den 27.09.1995

Der Aufstellungsbeschluß ist gem. § 2 (1) BauGB am 07.03.1991 im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. 4 der Stadt Bergkamen ortsüblich bekanntgemacht









Dieser Plan ist gem. § 11 (3) Baugesetzbuch | Die Gemeinde hat gem. § 12 BauGB die Durch- | Rechtsgrundlage für den Bebauungsplan ist das BauGB in führung des Anzeigeverfahrens zum Bebau-

ungsplan im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. 11 der Stadt Bergkamen vom 09.08.1996 ortsüblich bekanntgemacht Gem. § 12 BauGB in Verbindung mit § 4 🐼 (4) der Gemeindeordnung NW wird der Bebauungsplan mit dem Tage der ortsüblichen Bekannt-machung rechtsverbagen.

RECHTSGRUNDLAGE

der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Dezember 1986 (BGBL I S. 2253) zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBL | S. 446) in Verbindung mit den Vorschriften der BauNVO i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBL 1 S. 132) und der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990. Gestalterische Festsetzungen sind gem. § 81 (4) der Bauerdnung für das Land NW i.d.F. der Bekanntmachung vom 26. Juni 1984 (G.V. NW. S. 419, ber. S. 532) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. November 1992

16 V. NW. 1992 S. 467) getroffen

• Gestalterische Festsetzungen sind gem. § 86 (4) der Bauordnung für das Land NW i.d.F. vom 07, März 1995 (GV. NW. S. 244) getroffen. § 6 (15) Bauordnung für das Land NW i.d.F. der Bekanntmachung vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 419.

ber. S. 532) zuletzt geändert durch das Gesetz vom

24. November 1992 (GV. NW. 1992 S. 467).

STADT BERGKAMEN STADTTEIL: BERGKAMEN

BEBAUUNGSPLAN NR. BK 98 "HEINRICHSTRASSE OST"

BESTEHEND AUS EINEM BLATT

M. 1: 1000